

Synopse

In Spalte eins findet sich die bestehende Satzung, in Spalte zwei die neue Fassung. Neue Passagen werden in Spalte zwei ohne Nennung in Spalte zwei in grün hervorgehoben. Entfallende Regelungen werden in Spalte eins in rot dargestellt, ohne dass in Spalte zwei hierauf eingegangen wird. Verbleibende Satzungsteile werden nicht erwähnt. Gelb sind Änderungen bei sonst gleichbleibendem Inhalt. Spalte drei dient der Begründung.

Bestehende Satzung	Neue Satzung	Begründung
Präambel		
Satzung vom 16.07.1997, zuletzt geändert am 28.11.2001	Satzung vom 17.05.2023	Aktualisierung; Neufassung
Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und §§ 2 und 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat der Gemeinderat Gemeinde Eisingen am 16. Juli 1997 folgende Satzung beschlossen:	Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und §§ 2 und 11 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat der Gemeinderat Gemeinde Eisingen am 17.05.2023 folgende Satzung beschlossen:	Änderung Rechtsgrundlage
§ 1 Gebührenpflicht		
Die Gemeinde Eisingen erhebt für Amtshandlungen, die sie auf Veranlassung oder im Interesse einzelner vornimmt, Verwaltungsgebühren nach dieser Satzung, soweit nicht Bundesrecht oder Landesrecht etwas anderes bestimmen. Unberührt bleiben Bestimmungen über Verwaltungsgebühren im besonderen Gebührensatzungen der Gemeinde.	Die Gemeinde Eisingen erhebt für öffentliche Leistungen, die sie auf Veranlassung oder im Interesse Einzelner vornimmt, Gebühren nach dieser Satzung (Verwaltungsgebühren), soweit nicht Bundesrecht oder Landesrecht etwas anderes bestimmen. Unberührt bleiben Bestimmungen über Verwaltungsgebühren in besonderen Gebührensatzungen der Gemeinde.	Redaktionelle Änderung
§ 2 Gebührenfreiheit		
(1) Gebühren werden nicht erhoben für Amtshandlungen, die 1. Angelegenheiten der öffentlichen Fürsorge und der Kriegsofferfürsorge, die Durchführung des Schwerbehindertengesetzes und des	(1) Verwaltungsgebühren werden nicht erhoben für öffentliche Leistungen, die folgende Angelegenheiten betreffen: a) Gnadensachen,	Absatz 1 1, 2 entfallen wg. Faktischer Unmöglichkeit bzw. Änderung der Zuständigkeiten auf das Landratsamt Enzkreis (Versorgungsamt)

<p>Heimkehrergesetzes sowie das Ausweiswesen für Schwerbehinderte betreffen</p> <p>2. Die Durchführung des Wehrpflichtgesetzes sowie des Unterhaltssicherungsgesetzes betreffen,</p> <p>3. Dem Arbeitsfrieden dienen</p> <p>4. Sich aus dem Dienstverhältnis der Beamten, Angestellten, Arbeiter und Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes ergeben,</p> <p>5. Gnadensachen betreffen,</p> <p>6. Überwiegend im öffentlichen Interesse vorgenommen werden,</p> <p>7. In Verfahren vorgenommen werden, die von der Gemeinde ganz oder überwiegend nach den Vorschriften der Abgabenordnung durchzuführen sind, mit Ausnahme der Entscheidung über Rechtsbehelfe,</p> <p>8. Geringfügiger Natur sind, insbesondere einfache Auskünfte</p> <p>(2) Von der Entrichtung von Gebühren sind, soweit Gegenseitigkeit besteht, befreit</p> <p>1. Das Land Baden-Württemberg</p> <p>2. Die Bundesrepublik Deutschland</p> <p>3. Die juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die nach Haushaltplänen des Landes oder Bundes für Rechnung des Landes oder des Bundes verwaltet werden.</p> <p>4. Die Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände in Baden-Württemberg</p>	<p>b) das bestehende oder frühere Dienstverhältnis von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes,</p> <p>c) die bestehende oder frühere gesetzliche Dienstpflicht oder die bestehende oder frühere an Stelle der gesetzlichen Dienstpflicht geleistete Tätigkeit,</p> <p>d) Prüfungen, die der beruflichen Aus- und Weiterbildung dienen, mit Ausnahme von Prüfungen zur Notenverbesserung,</p> <p>e) Leistungen geringfügiger Natur, insbesondere mündliche und einfache Auskünfte, soweit bei schriftlichen Auskünften nicht durch diese Satzung etwas anderes bestimmt ist,</p> <p>f) die behördliche Informationsgewinnung,</p> <p>g) Verfahren, die von der Gemeinde/Stadt ganz oder überwiegend nach den Vorschriften der Abgabenordnung durchzuführen sind, mit Ausnahme der Entscheidung über Rechtsbehelfe.</p> <p>(2) Von der Entrichtung der Verwaltungsgebühren sind, soweit Gegenseitigkeit besteht, befreit:</p> <p>a) das Land Baden-Württemberg,</p> <p>b) die landesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die nach den Haushaltplänen des Landes für Rechnung des Landes verwaltet werden,</p>	<p>3,4 entspricht b und c</p> <p>5 = a</p> <p>6 entfällt</p> <p>7 = g</p> <p>8 = e</p> <p>D und f neu</p> <p>Absatz 2</p> <p>Bund ist gebührenpflichtig.</p>
--	--	--

<p>Die Befreiung tritt nicht ein, soweit die in Satz 1 Genannten berechtigt sind, die Verwaltungsgebühren Dritten aufzuerlegen oder sonst auf Dritte umzulegen. Nicht befreit sind ferner die Sondervermögen im Sinne von § 26 der Bundeshaushaltsordnung in der jeweils gültigen Fassung, die kaufmännisch eingerichteten Betriebe und die betriebswirtschaftlichen Unternehmen und Einrichtungen des Landes und der Bundesrepublik Deutschland. Dasselbe gilt für die wirtschaftlichen Unternehmen der Gemeinden (§ 102 der Gemeindeordnung), die Gemeindeverbände und der Zweckverbände.</p>	<p>c) die Gemeinden, Landkreise, Gemeindeverbände und Zweckverbände sowie Verbände der Regionalplanung in Baden-Württemberg.</p> <p>Die Befreiung tritt nicht ein, soweit die in Satz 1 Genannten berechtigt sind, die Verwaltungsgebühren Dritten aufzuerlegen oder sonst auf Dritte umzulegen.</p> <p>(3) Weitere spezialgesetzliche Gebührenbefreiungstatbestände bleiben unberührt.</p>	<p>Entfällt.</p>
<p>§ 3 Gebührenschuldner</p>		
<p>(1) Zur Zahlung der Gebühr ist verpflichtet</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wer die Amtshandlung veranlaßt oder in wessen Interesse sie vorgenommen wird, 2. Wer die Gebührenschuld der Gemeinde gegenüber durch schriftliche Erklärung übernommen hat oder die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet. <p>(2) Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner</p>	<p>(1) Zur Zahlung der Verwaltungsgebühren und Auslagen ist derjenige verpflichtet,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. dem die öffentliche Leistung zuzurechnen ist, 2. der die Gebühren- und Auslagenschuld der Gemeinde/Stadt gegenüber durch schriftliche Erklärung übernommen hat, 3. der für die Gebühren- und Auslagenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet. <p>(2) Mehrere Gebühren- und Auslagenschuldner haften als Gesamtschuldner.</p>	<p>Redaktionelle Änderungen</p>
<p>§ 4 Gebührenhöhe</p>		

<p>(1) Die Höhe der Verwaltungsgebühren richtet sich nach dem dieser Satzung beigefügten Gebührenverzeichnis. Das Gebührenverzeichnis ist Bestandteil der Satzung. Für öffentliche Leistungen, für die im Gebührenverzeichnis weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist, ist eine Gebühr von 3 DM bis 5.000 DM zu erheben.</p> <p>(2) Ist eine Gebühr innerhalb eines Gebührenrahmens zu erheben, bemisst sich ihre Höhe nach dem Verwaltungsaufwand, nach der Bedeutung des Gegenstandes, nach dem wirtschaftlichen oder sonstigen Interesse für den Gebührenschuldner sowie nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen.</p> <p>(3) Ist eine Gebühr nach dem Wert des Gegenstandes zu berechnen, so ist der Verkehrswert zur Zeit der Beendigung der Amtshandlung maßgebend. Der Gebührenschuldner hat auf Verlangen den Wert des Gegenstandes nachzuweisen. Bei Verweigerung oder ungenügender Führung des Nachweises hat die Behörde den Wert auf Kosten des Gebührenschuldners zu schätzen. Sie kann sich hierbei Sachverständiger bedienen.</p> <p>(4) Wird der Antra auf Vornahme einer Amtshandlung abgelehnt, wird ein Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen</p>	<p>(1) Die Höhe der Verwaltungsgebühren richtet sich nach dem dieser Satzung beigefügten Gebührenverzeichnis. Das Gebührenverzeichnis ist Bestandteil der Satzung. Für öffentliche Leistungen, für die im Gebührenverzeichnis weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist, ist eine Gebühr von 5,00 Euro bis 10.000,00 Euro zu erheben.</p> <p>(2) Ist eine Verwaltungsgebühr innerhalb eines Gebührenrahmens zu erheben, bemisst sich ihre Höhe nach dem Verwaltungsaufwand sowie nach der wirtschaftlichen oder sonstigen Bedeutung für den Gebührenschuldner zum Zeitpunkt der Beendigung der öffentlichen Leistung.</p> <p>(3) Ist eine Verwaltungsgebühr nach dem Wert des Gegenstandes zu berechnen, so ist der Verkehrswert zur Zeit der Beendigung der Leistung maßgebend. Der Gebührenschuldner hat auf Verlangen den Wert des Gegenstandes nachzuweisen. Bei Verweigerung oder ungenügender Führung des Nachweises hat die Behörde den Wert auf Kosten des Gebührenschuldners zu schätzen. Sie kann sich hierbei Sachverständiger bedienen.</p> <p>(4) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung abgelehnt, wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von einem Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr, mindestens</p>	
--	--	--

<p>Unzuständigkeit abgelehnt, wird keine Gebühr erhoben. Wird der Antrag auf Vornahme einer Amtshandlung, mit dessen sachlicher Bearbeitung begonnen ist, vor Beendigung der Amtshandlung zurückgenommen oder unterbleibt die Amtshandlung aus sonstigen, vom Schuldner zu vertretenden Gründen, so wird je nach dem Stand der Bearbeitung ein Zehntel bis zur Hälfte der vollen Gebühr erhoben. Die Mindestgebühr beträgt 3,00 DM</p>	<p>15,00 Euro, erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit abgelehnt, wird keine Gebühr erhoben. Eine Gebühr kann in Fällen nach Satz 1 nicht erhoben werden, wenn die Erbringung der öffentlichen Leistungen nach Umweltverwaltungsgesetz (UVwG) erfolgen sollte.</p> <p>(5) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung, mit dessen sachlicher Bearbeitung begonnen ist, vor Erbringung der öffentlichen Leistung zurückgenommen oder unterbleibt die öffentliche Leistung aus sonstigen, vom Schuldner zu vertretenden Gründen, so wird je nach dem Stand der Bearbeitung ein Zehntel bis zur Hälfte der vollen Gebühr erhoben. Die Mindestgebühr beträgt 15,00 Euro. Eine Gebühr kann in Fällen nach Satz 1 nicht erhoben werden, wenn die Erbringung der öffentlichen Leistungen nach Umweltverwaltungsgesetz (UVwG) erfolgen sollte.</p>	
<p>§ 5 Entstehung der Gebühr</p>		
<p>Die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der Amtshandlung, für die sie erhoben wird. Bei Zurücknahme eines Antrags nach § 4 Absatz 4 Satz 3 dieser Satzung entsteht die Gebührenschuld mit der Zurücknahme, in den anderen Fällen des § 4 Absatz 4 Satz 3 dieser Satzung mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung.</p>	<p>(1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.</p> <p>(2) Bei Zurücknahme eines Antrages nach § 4 Abs. 5 dieser Satzung entsteht die Gebührenschuld mit der Zurücknahme, in den anderen Fällen des § 4 Abs. 4 Satz 1 dieser Satzung mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.</p>	<p>Redaktionelle Änderungen</p>
<p>§ 6 Fälligkeit, Zahlung</p>		

<p>(1) Die Gebühr wird durch schriftlichen oder mündlichen Bescheid festgesetzt und ist mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung an den Schuldner fällig.</p> <p>(2) Schriftstücke oder sonstige Sachen können bis zur Entrichtung der Gebühr zurückbehalten oder an den Gebührenschuldner auf dessen Kosten unter Nachnahme der Gebühr übersandt werden.</p> <p>(3) Die Vornahme einer Amtshandlung kann davon abhängig gemacht werden, daß die Gebühr ganz oder teilweise vorausgezahlt oder für sie Sicherheit geleistet wird. Von der Anforderung einer Vorauszahlung oder der Anordnung einer Sicherheitsleistung ist abzusehen, wenn dadurch eine für den Gebührenschuldner unzumutbare Verzögerung entstehen, würde aus sonstigen Gründen unbillig wäre.</p>	<p>(1) Die Verwaltungsgebühr wird durch schriftlichen oder mündlichen Bescheid festgesetzt und ist mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung an den Schuldner fällig.</p> <p>(2) Die Erbringung einer öffentlichen Leistung, die auf Antrag erbracht wird, kann von der Zahlung eines Vorschusses oder von der Leistung einer Sicherheit bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen abhängig gemacht werden. Dem Antragsteller ist eine angemessene Frist zur Zahlung des Vorschusses oder zur Leistung der Sicherheit zu setzen. Die Gemeinde Eisingen kann den Antrag als zurückgenommen behandeln, wenn die Frist nicht eingehalten wird und der Antragsteller bei der Anforderung des Vorschusses oder der Sicherheitsleistung hierauf hingewiesen worden ist.</p> <p>(3) Ausfertigungen, Abschriften sowie zurückzugebende Urkunden, die aus Anlass der öffentlichen Leistung eingereicht worden sind, können bis zur Bezahlung der festgesetzten Gebühren und Auslagen zurückbehalten werden.</p>	<p>1 = 1 2 -> 2, 3</p>
<p>§ 7 Auslagen</p>		
<p>(1) In der Verwaltungsgebühr sind die der Gemeinde Eisingen erwachsenen Auslagen inbegriffen. Übersteigen die Auslagen das übliche Maß erheblich, werden sie gesondert in der tatsächlich entstandenen Höhe festgesetzt. Dies</p>	<p>(1) In der Verwaltungsgebühr sind die der Gemeinde Eisingen erwachsenen Auslagen inbegriffen. Übersteigen die Auslagen das übliche Maß erheblich, werden sie gesondert in der tatsächlich entstandenen</p>	

<p>gilt auch dann, wenn für eine Amtshandlung keine Gebühr erhoben wird.</p> <p>(2) Auslagen nach Absatz 1 Satz 2 sind insbesondere</p> <p>a) Telegrammgebühren</p> <p>b) Reisekosten</p> <p>c) Kosten öffentlicher Bekanntmachungen</p> <p>d) Vergütungen für Zeugen und Sachverständige sowie sonstige Kosten der Beweiserhebung</p> <p>e) Vergütungen an andere juristische oder natürliche Personen für Leistungen und Lieferungen</p> <p>f) Kosten der Beförderung und Verwahrung von Personen und Sachen.</p> <p>(3) Auf die Erstattung von Auslagen sind die für Verwaltungsgebühren geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. Der Anspruch auf Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrags.</p>	<p>Höhe festgesetzt. Dies gilt auch dann, wenn für eine öffentliche Leistung keine Gebühr erhoben wird.</p> <p>(2) Auslagen nach Absatz 1 Satz 2 sind insbesondere</p> <p>a) Gebühren für Telekommunikation</p> <p>b) Reisekosten</p> <p>c) Kosten öffentlicher Bekanntmachungen</p> <p>d) Vergütungen für Zeugen und Sachverständige sowie sonstige Kosten der Beweiserhebung</p> <p>e) Vergütungen an andere juristische oder natürliche Personen für Leistungen und Lieferungen</p> <p>f) Kosten der Beförderung und Verwahrung von Personen und Sachen</p> <p>(3) Verbleibt.</p>	
---	--	--

§ 8 Schlussvorschriften		
(1) Diese Satzung tritt am 01.09.1997 in Kraft.	(1) Diese Satzung tritt am 01.07.2023 in Kraft.	Datumsanpassung
(2) Zu gleicher Zeit treten die Verwaltungsgebührenordnung vom 18. Januar 1989 und alle sonstigen dieser Satzung entsprechenden oder widersprechenden Vorschriften außer Kraft.	(2) Zu gleicher Zeit treten die Verwaltungsgebührenordnung vom 16. Juli 1997 in der Fassung vom 01.01.2002 und alle sonstigen dieser Satzung entsprechenden oder widersprechenden Vorschriften außer Kraft.	

Hinweis nach § 4 Abs. 4 GemO:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der Gemeindeordnung erlassenen Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.